

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



Domenico Lucano, der Schutzpatron für Tausende Menschen auf der Flucht, wird inzwischen selbst verfolgt.

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

ITALIEN/MIGRATION

Menschlichkeit – ein Verbrechen?

Das Dorf Riace in Süditalien ist weltbekannt als Modell für den Empfang von Migran·tinn·en. Am 30. September 2021 wurde der ehemalige Bürgermeister und Initiator dieses Projektes, Domenico «Mimmo» Lucano, von einem Gericht in Kalabrien zu einer drastischen Strafe verurteilt.¹

Das Urteil des Gerichts in Locri, das Mimmo Lucano zu 13 Jahren und zwei Monaten Gefängnis verurteilt hat, macht uns fassungslos.² Wir können kaum glauben, was passiert ist, und sind zutiefst empört. Der Teil Italiens, der noch an Demokratie und Rechtsprechung glaubt, ist aufgewühlt.

Die anfänglich von der Staatsanwaltschaft beantragten sieben Jahre erschienen uns bereits als eine Ungeheuerlichkeit, aber jetzt hat der Richter mit seinem Urteil den Einsatz verdoppelt und ist damit über jede Limite, die juristisch noch zu rechtfertigen wäre, hinausgegangen.

Ich kenne Mimmo Lucano seit Herbst 1998, als er in die Gemeinde Badolato kam. Dort hatte das CRIC³, eine damals sehr aktive NGO, das erste Projekt zur Aufnahme von Migrant·inn·en durchgeführt, um dieses alte, verlassene Dorf wiederzubeleben. Mimmo

kam mit der Einfachheit und Spontaneität, die ihn schon immer auszeichnete, um uns mitzuteilen, dass er dasselbe in Riace tun wollte: «Könnt ihr mir dabei helfen?» So entstand das Projekt Riace dank eines Darlehens der Ethikbank und vor allem dank der Solidarität zahlreicher italienischer und ausländischer Initiativen, insbesondere der Kooperativen von Longo maì und des

« Er versuchte, einem Dorf, das fast völlig verlassen war, wieder Leben einzuhauchen.»

Europäischen BürgerInnen Forums, die das Projekt nicht nur finanziell, sondern auch durch die Organisation eines «solidarischen Tourismus» unterstützten. Und dann «Reco-sol», das Netz der solidarischen Gemeinden Italiens, das seit mehr als zwanzig Jahren die

Europäischen BürgerInnen Forums, die das Projekt nicht nur finanziell, sondern auch durch die Organisation eines «solidarischen Tourismus» unterstützten. Und dann «Reco-sol», das Netz der solidarischen Gemeinden Italiens, das seit mehr als zwanzig Jahren die

Idee von Riace unterstützt und in sein kollektives Projekt einfließen lässt.

Mimmo Lucano ist die Ikone von Riace: Er hat sein gesamtes Leben diesem Projekt gewidmet. Er gab sogar seine eigene Familie auf, um sich voll und ganz um den Empfang der Geflüchteten zu kümmern. Ihn jetzt mit einer solchen Brutalität zu schlagen, bedeutet, das Modell Riace treffen zu wollen, das in der ganzen Welt als das konkrete Symbol für eine menschliche Empfangskultur gilt und ein anderes Bild von Kalabrien und Italien vermittelt. Ein Modell, das gezeigt hat, dass es eine echte Alternative zu den Lagern und Ghettos gibt. Eine Alternative gegen die Politik der Zurückweisung von allen den Menschen, die nur danach streben, in Würde leben zu können.

Aber es gibt noch Anderes, was sehr wertvoll ist: Das Modell von Riace, das von zahlreichen Gemeinden in Kalabrien und in anderen Regionen übernommen wurde, hat den Weg aufgezeigt, wie von der Abwanderung betroffene «innere Gebiete» wiederbelebt werden können. Riace ist eine wirksame Antwort auf Umweltrisiken wie Erdbeben und Überschwemmungen, die gerade durch die fortschreitende Versteppung von denjenigen Gebieten verursacht werden, die für eine nachhaltige Zukunft des Landes so wichtig sind.

Haltlose Vorwürfe

Was hat Mimmo Lucano denn getan, das so schwerwiegend wäre, dass er eine Strafe verdient hätte, die normalerweise für hartgesottene Mörder, Mafiosi, internationale Drogenhändler, Vergewaltiger und Terroris-

ten verhängt wird? Dem ehemaligen Bürgermeister von Riace wird vorgeworfen, die illegale Einwanderung gefördert zu haben, weil er einer verzweifelten, vor der Abschiebung stehenden Migrantin riet, einen älteren italienischen Mann zu heiraten. Wer von uns hätte das nicht auch als letzten Ausweg vorgeschlagen? Und wenn es ein Verbrechen ist, eine Ehe zwischen einer jungen Immigrantin und einem älteren italienischen Mann zu schliessen, dann müssten wir Tausende von Ehen annullieren und alle Paare ins Gefängnis stecken. Doch damit nicht genug: Noch schwerere und unglaubliche Anschuldigungen kommen hinzu: Klientelismus, Betrug, Veruntreuung und Machtmissbrauch. In den Hosentaschen von Mimmo wurde jedoch kein einziger Cent gefunden, und es gibt keinerlei Beweise dafür, dass er sich in irgendeiner Weise öffentliche Gelder angeeignet hätte. Die unbequeme, ja sehr unbequeme Wahrheit ist diese: Lucano wird ein «Verbrechen der Menschlichkeit» vorgeworfen. Er nahm Zehntausende von Migrant:inn-en auf, die ihm die Präfektur ständig zuwies, um eine Lösung zu finden. Er hat versucht, den Menschen Arbeit zu geben und ihnen eine würdige Existenz zu verschaffen. Er versuchte, einem Dorf, das fast völlig verlassen war, wieder Leben einzuhauchen. Aus diesen Gründen ist er heute einer der gefährlichsten Straftäter im Land.

Sicherlich hat Lucano aufgrund seiner administrativen Unzulänglichkeiten und seiner mangelnden Vertrautheit mit bürokratischen Regeln eine Reihe von Fehlern gemacht. Doch es gab kein Verbrechen, keine Veruntreuung, keine kriminelle Vereinigung... nur Erfindungsreichtum als allergische Reaktion auf die Grenzen einer engstirnigen Bürokratie. Mit diesem Urteil hat das Gericht von Locri «de facto» das Verbrechen der Menschlichkeit in die Rechtslandschaft unseres Landes eingeführt und einen beunruhigenden Präzedenzfall geschaffen: ein weiteres Zeichen für die tiefe Krise, die unsere Justiz und unsere demokratischen Institutionen durchzieht. Wir nehmen diese Tatsache zur Kenntnis, jedoch ohne zu kapitulieren, denn wir wollen nicht im Lande Erdogans aufwachen.

Um unsere Demokratie und unsere Gesellschaft zu retten, wird in Riace eine Demonstration zur Unterstützung Mimmos stattfinden. Natürlich werden wir nicht dabei stehen bleiben und rechnen damit, dass dieses unglaublich ungerechte Urteil in der Berufung aufgehoben wird.

Tonino Perna,

Wirtschaftswissenschaftler, Soziologe und Vizebürgermeister der Stadt Reggio Calabria

1. Der Artikel wurde am 1.10.2021 in «Il Manifesto» veröffentlicht.
2. Zur Gefängnisstrafe kommen 500.000 Euro Geldzahlungen hinzu. Im gleichen Prozess wurden elf Mitstreiter:innen von Domenico Lucano zu geringeren Strafen verurteilt. Auch diese Verurteilungen sind skandalös.
3. CRIC: Centro Regionale de Intervento per la Cooperazione

Solidaritätsschreiben an Domenico Lucano

Eine Schande! Ein inakzeptables Urteil. Ein sehr schweres und ungerechtes Urteil. Die politische Linie der letzten Jahre trifft diejenigen, die nicht akzeptieren, sich ihrer zerstörerischen Wirtschafts- und Machtlogik zu unterwerfen. Domenico Lucano ist das Opfer eines politischen Prozesses. Die Infamie, die seit einiger Zeit ihr Unwesen treibt, versucht die Arbeit und das Engagement von Riace für eine menschliche Aufnahme von Geflüchteten und die Wiederbelebung des Dorfes zunichte zu machen.

Unsere menschliche und politische Solidarität, lieber Domenico, gilt dir und den Mitangeklagten Lem Tesfahun, Cosimina Ieranò, Annamaria Maiolo, Salvatore Romeo, Jerry Tornese, Antonio Capone, Oberdan Pietro Curiale, Giuseppe Ammendolia, Gianfranco Musuraca, Maurizio Senese und Maria Tavernini. Im Hintergrund dieses Urteils verbergen sich die Verantwortung Italiens und Europas für eine unmenschliche Anti-Migrationspolitik, welche die Geflüchteten und deren Unterstützer:innen gleichermaßen treffen soll. Doch trotz alledem werden wir alle zusammen weiterhin Brücken bauen und für Veränderungen kämpfen.

Deine Freundinnen und Freunde vom Europäischen BürgerInnenforum

SÜDITALIEN/SCHWEIZ

SOS Rosarno

Die Stadt Rosarno in Süditalien wurde vor allem bekannt wegen unmenschlicher Arbeits- und Lebensbedingungen auf den Orangen-Plantagen in ihrer Umgebung. Die Kooperative «SOS Rosarno» fördert vor Ort eine andere lokale Entwicklung. Der Verein «Solrosa» in der Schweiz unterstützt diese Initiative.

Im Frühjahr 2020 vernahmen wir von Problemen bei SOS Rosarno – der Lockdown traf die Kooperative unerwartet und hart. Von dem einen auf den anderen Tag blieben die Bestellungen aus. Aber Zitrusfrüchte müssen geerntet werden, sonst gibt es im darauffolgenden Jahr keine Ernte, und auch der Käse verschwand nicht, sondern stapelte sich im Keller. Grossabnehmer nutzten die Situation schamlos aus und begannen, Zitrusfrüchte unter dem Erntepreis zu kaufen; bei prekarierten Arbeiter:innen fiel durch den Lockdown das Einkommen aus. Die Folgen des Lockdowns waren in Süditalien für die Landwirtschaft verheerend.

Die Kooperative «SOS Rosarno» entstand nach der Revolte der afrikanischen Landarbeiter:innen im Jahr 2010¹ mit der Absicht, neben der kalabrischen Mafia und ihrer marktkontrollierenden Macht in der

industriellen Landwirtschaft eine Lebensmittelproduktion aufzubauen, welche sowohl die Produzierenden als auch die Konsumierenden respektiert, ohne die Natur zu vergiften. Zudem handelt es sich um ein Projekt, das für bessere Bedingungen für alle Beteiligten wie die migrantischen (Land-)Arbeiter:innen, Kleinbäuer:innen, Kleinproduzent:innen sowie Illegalisierten kämpft. Deshalb wird ein Teil des Erlöses aller Produkte zur Finanzierung von Projekten verwendet, die für die Rechte der Landarbeiter:innen einstehen und die Ernährungssouveränität und Selbstbestimmung lokaler Gemeinschaften fördern. Dies sowohl in Italien wie auch im Ausland.

Am Anfang zu fünft, begannen wir im März 2020, einen Transport in die Schweiz zu planen. Dies ohne Vorkenntnisse, was Import, Umgang mit Speditionsfirmen und allfällige Zölle anbelangt, dafür mit einem

Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1848,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezná Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hippolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nijne Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

soliden Netz an Freund-innen und organisatorischer Übung aus unserer Gewerkschaftsarbeit. Eine Struktur wie eine Genossenschaft oder einen Verein überlegten wir uns zu diesem Zeitpunkt nicht, da wir von einer einmaligen Lieferung in vier Städte der Schweiz ausgingen. Auch ohne Werbekampagne kamen jedoch innerhalb von wenigen Wochen Bestellungen zusammen, welche unsere Erwartungen um ein Vielfaches übertrafen. Diese erste Runde war aufgrund der Umstände mit einigen zusätzlichen Schwierigkeiten verbunden. So waren – da die Industrie zu diesem Zeitpunkt bereits zwei Monate gestoppt war – keine Kisten für Zitrusfrüchte und auch keine Ölkästen für SOS Rosarno verfügbar, die Speditionsfirmen launisch und damit der Liefertermin unklar. Auch dass die Früchte am Zoll durch irgendeine nicht-geregelte Formalität hängen bleiben und verderben würden, mussten wir in Kauf nehmen.

Anders handeln und wirtschaften

Mittlerweile sind wir als Verein unter dem Namen Solrosa organisiert. Dieser bündelt die Bestellungen² und organisiert den Transport. Von unserem Selbstverständnis her sind wir nicht gewinnorientiert ausgerichtet und sehen uns als ein politisches Projekt, um mit Direktimport den Zwischenhandel möglichst auszuschalten und bezahlbare und gute biologische Lebensmittel zugänglich zu machen. Spenden oder «Gewinne» werden an Projekte und Organisationen weitergegeben, Lohn wird keiner ausbezahlt.

Wichtiger als die logistischen Abklärungen sind die Diskussionen innerhalb des Vereins und die Auseinandersetzung mit unserem Umgang zwischen Produzierenden und Konsumierenden. So beschlossen wir, keine reduzierten Preise für Geringverdienende festzulegen. Dies kommt aus der Überlegung heraus, dass sich damit einerseits einkommensschwache Menschen uns gegenüber rechtfertigen und wir andererseits sehr umständlich Preise festlegen müssten. Dagegen erwarten wir, dass zusätzlich spendet, wer kann, ohne dass wir jedes Mal dazu auffordern müssen. Eine weitere Erfahrung war auch, dass unser Vorschlag, die Preise für SOS Rosarno zu erhöhen – der Liter Olivenöl in Bioqualität kostet gleich viel wie der billigste aus dem Supermarkt –, damit sie als Produzierende mehr verdienen würden, auf überhaupt keinen Anklang stiess. Aus ihrer Perspektive legen sie als Produzierende die Preise fest und diese gälten unabhängig davon, wer wo einkaufen würde.

Weiter mussten wir uns auch die Frage nach dem Wachstum beziehungsweise einer für SOS Rosarno und uns tragbaren Obergrenze stellen, nachdem der letzte und bislang auch grösste Transport einen Umsatz von beinahe 100.000 Schweizerfranken erreichte. Ein Transport in dieser Höhe

zu organisieren, ist für uns als Verein noch tragbar. Jedoch werden wir zukünftig die Werbung flach halten; die Selbstorganisation von weiteren Verteil-Standorten neben Basel, Bern, Biel, Luzern und Zürich wäre jedoch weiterhin erfreulich.

Für uns ist es wichtig, dass wir uns weder institutionalisieren noch dass Abhängigkeiten und Erwartungen entstehen, welchen wir nicht entsprechen können. Von SOS Rosarno her sind die Menschen vor Ort erfreut über unsere Arbeit und sehen die Transporte in die Schweiz als gute Ergänzung zu ihrer Arbeit, so konnten sie die Saison 2020/21 zum ersten Mal in zehn Jahren ohne Schulden beginnen. Auch essen wir niemandem die Lebensmittel weg, da es lokal genügend Produzierende gibt, und wir so vielmehr ihre Projekte unterstützen können.

Diese Fragen von unserer Seite her trafen auf die Erwartungshaltung einiger Leute, die unsere Initiative Solrosa als mögliches gewinnorientiertes Unternehmen erachten und damit Geld verdienen möchten. Eine Umstrukturierung vom Verein mit viel Freiwilligenarbeit hin zu einem gewinnorientierten Unternehmen wäre aber nicht nur eine rechtliche Frage, sondern würde auch eine ganz andere Art von Umgang untereinander bedeuten, was wir nicht anstreben. Im Vergleich zu anderen ähnlichen Strukturen können wir Fixkosten auf ein Minimum reduzieren – die Bestellung muss an einem bestimmten Tag abgeholt werden; wir verfügen über keinen Lagerraum. Dies bedeutet, dass wir einerseits auf Spontanität und solidarische Orte angewiesen sind, aber andererseits, dass wir keinen Überschuss bestellen und auch keinen Ersatz herbeizaubern können, wenn ein Produkt nicht geliefert wird. Genau bei diesem Punkt – es gab bei jeder Lieferung Ausfälle von Produkten – ist es schnell offensichtlich, wie die Bestellenden sich selber wahrnehmen. Von uns angestrebt ist eine Lieferkette auf Augenhöhe, wobei auch Fehler möglich sind. Jedoch kein Verhalten wie im Kaufhaus. Diese Art von Umgang kann aus unserer Warte aber nicht aufgedrückt werden – im schlechtesten Falle bestellen Menschen, die

sich in einem klaren Lieferant-innen-Kund-innen-Verhältnis sehen, halt kein weiteres Mal. Laufende Ausgaben und Verpflichtungen sind so tief, dass wir diese notfalls auch aus dem eigenen Sack bezahlen könnten, damit erhalten wir uns die Freiheit, uns so zu organisieren, wie wir dies als richtig erachten, und sind auch keinem Zwang ausgesetzt, Einkünfte zu generieren. Der Aufwand der einzelnen aktiven Mitglieder darf aber trotzdem nicht unterschätzt werden – auch wenn wir mittlerweile vom Abtippen von Excel-Dokumenten hin zu einem Webshop wechseln konnten, was die Nerven ungemain schont.

Gerade mit dem Webshop eröffnen sich auch neue Möglichkeiten. Dieser erlaubt es uns, mit sehr viel weniger Aufwand weitere Kampagnen zu starten. Neu können wir die Backwaren einer libertären Kommune namens Urupia aus der Nähe von Rosarno anbieten. Wenn alles klappt wie erwartet, kommen schon bald Reinigungsmittel und Seifen der selbstverwalteten Fabrik Vio. Me³ aus Griechenland dazu, welche seit der Übernahme durch die Arbeiter-innen immer wieder staatlicher Repression ausgesetzt ist. Wenn sich in der Zukunft auch noch eine gute Alternative zu den momentan beauftragten und sehr klassisch funktionierenden Speditionsfirmen finden liesse, könnte im momentanen kapitalistischen Rahmen der Weg vom Feld auf den Teller weitestgehend menschenwürdig organisiert werden.

Was haben wir denn von dem ganzen Aufwand? Wir wissen, was wir essen, woher es kommt und wie die Arbeitsbedingungen sind – und wir können uns unser Essen selber organisieren.

Christoph Kienholz,
Solrosa

Nähere Informationen zu SOS Rosarno:

www.sosrosarno.org und über Solrosa: www.solrosa.org

1. Jean Duflot: «Orangen fallen nicht vom Himmel – der Sklavenaufstand von Rosarno», Verlag Europäisches Bürgerforum/CEDRI, Basel 2011, CHF 15.-, EUR 10.- (+ Versand), zu bestellen bei: Forum Civique Européen, Postfach, CH-4001 Basel.

2. Wie bestellen? Infos unter www.solrosa.org

3. <http://www.viome.org>



«Schiess nicht auf Schwarze», ein Graffiti der Verzweiflung während der Revolte der afrikanischen Landarbeiter*innen, Rosarno 2010



UMWELT/ÖSTERREICH

Wird gebaut, wird besetzt

Protest gegen ein Schnellstrassenprojekt in Wien: Klimaaktivist_innen halten seit Ende August 2021 eine Autobahnbaustelle in Wien besetzt. Dass auch Bürgerinitiativen zu Blockaden aufrufen und Klimagruppen sich zusammenschliessen, verdeutlicht den sich zuspitzenden Konflikt um die «Klimamusterstadt».*

«Öffis bauen statt Grünflächen klauen» – eine von mehreren Strassenbaustellen-Blockaden diese Woche in Wien: «Der Verkehr ist schon nervig beim Schlafen, aber viel schlimmer ist die Kälte», erzählt Amina Guggenbichler, während sie zwischen den Zelten eine festgewalzte Erdtrasse hinter den Baustellengittern erklimmt. «Wir werden aber sicher nicht zuschauen, wie ein riesengrosses Projekt unsere Emissionen noch mehr in die Höhe treibt», fügt sie kampfeslustig hinzu.

Die junge Frau ist eine von Dutzenden Klimaaktivist_innen, die seit einer Woche gleich mehrere Baustellen der «Stadtstrasse Hirschstetten» am Rande von Wien besetzt halten. Die «Stadtstrasse», so die euphemistische Bezeichnung für die drei Kilometer lange und 50 Meter breite Autobahn, soll den Zubringerverkehr zur Seestadt Aspern im Nordosten Wiens zur Aussenringautobahn kanalisieren und damit die Wohngebiete entlasten, so das Versprechen der Politik. Die Bau-

stellenbesetzung macht die Diskussion um die Mobilität in der vorwiegend sozialdemokratisch regierten Hauptstadt Österreichs aber nicht nur um ein Kapitel reicher. Der zivile Ungehorsam von örtlichen Gruppen wie System Change not

Climate Change, Extinction Rebellion oder Fridays for Future hat die Debatte auf eine neue Ebene gehoben. Über viele Jahre wurde die Auseinandersetzung um klimaschädigende Infrastrukturprojekte auf dem Papier oder vor Gericht

ausgetragen. Hauptakteure waren dabei Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen. Kürzlich hatte aber der Sprecher der örtlichen Bürgerinitiative «Hirschstetten retten» deutlich gemacht, dass es den Initiativen reicht: «Wird gebaut, wird besetzt.» Und so kam es dann auch.

Betonschädelpolitik

Grossprojekte sind auch in Wien stark umkämpft. Die zuständige Verkehrsstadträtin Ulli Sima ist nicht nur altgediente SPÖ-

Funktionärin, sondern blickt auch auf eine politische Karriere zurück, die von den Grünen über die Umweltorganisation Global 2000 bis zu den Naturfreunden reicht. Sima versucht seit Jahren, für die Hauptstadt das Label «Klimamusterstadt» zu etablieren. Glaubwürdig ist das grüne Image aber nur bedingt, da die Stadtregierung umstrittene grosse Infrastrukturprojekte wie die dritte Landebahn am Flughafen Wien-Schwechat («Dritte Piste») oder den Lobautunnel stets konsequent vorantreibt.

Die Lobau-Autobahn, eine Aussenringautobahn, die den Nationalpark Donauauen auf acht Kilometern untertunneln sollte, ist mittlerweile zum Symbol rückwärtsgewandter Verkehrspolitik geworden und hat der für österreichische Verhältnisse progressiven Stadtregierung die typisch wienerische Bezeichnung «Betonschädelpolitiker» eingebracht.

«47 Prozent der Leute in Wien besitzen kein Auto, können sich auch keines leisten. Daher ist das Projekt hier eigentlich auch unsozial», findet Florian Mayr von Extinction Rebellion. Auch er ist Besetzer. «Besonders schräg» findet er, dass das Projekt federführend von der Sozialdemokratischen Partei protegert werde. Die Aktionsgruppen haben auch Wissenschaftler und Verkehrsplanerinnen auf ihrer Seite: Hat es Österreich zwar geschafft, in manchen Sektoren CO₂-Emissionen einzusparen – auch durch die Covid-Krise im letzten Jahr –, war es gerade der zunehmende motorisierte Individualverkehr, der alle Einsparungen im Jahr 2020 zunichtemachte. Der umweltorientierte Verkehrsclub Österreich (VCO) forderte schon im August: «Als erster wichtiger Schritt zum Klimaziel sind alle Massnahmen, die zu mehr Autoverkehr und mehr Lkw-Verkehr führen,

zu unterlassen.» Der Bau neuer, «entlastender» Strassen ist dabei keine passende Methode, um das Problem in den Griff zu bekommen, glaubt man Forschenden der Technischen Universität Wien. Ihnen zufolge werden sich die entlastenden Strassen, wie auch die Stadtstrasse Hirschstetten eine sein soll, früher oder später mit Autos füllen, weil sie es attraktiver machen, mit dem Auto zu fahren.

Enge Zusammenarbeit

Das dürfte auch ein Motiv für Umweltministerin Leonore Gewessler von den Grünen gewesen sein, als sie Anfang Juli ankündigte, sämtliche Bauprojekte der staatseigenen Asfinag, der «Autobahnen- und Schnellstrassen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft», auf ihre Tauglichkeit in Sachen Klimaschutz neu zu evaluieren. Die Asfinag betreibt nicht nur den Bau der Anschlussstelle Hirschstetten, die Amina Guggenbichler und ihre Mitstreiterinnen besetzt halten, sondern auch die Lobau-Autobahn und weitere Strassenbauprojekte in ganz Österreich. Zwar sollen die Evaluierungen mit dem Herbst abgeschlossen sein, Gewessler muss sich aber massive Gegenwehr in Form von Klageandrohungen und medialen Rügen aus allen Richtungen gefallen lassen.

Die Asfinag selbst aber sieht zumindest der gegenwärtigen Besetzung am Wiener Stadtrand gelassen entgegen. Der Ausbau sei eine «Massnahme zur Erhöhung der Verkehrssicherheit», so eine Sprecherin gegenüber Klimareporter. Man könne die Besetzungssituation zeitlich gut überbrücken. «Daher setzen wir auf Kommunikation und sehen aktuell auch noch von einer Räumung der Baustelle ab.» Guggenbichler von Fridays for Future hält dagegen: «Wir wollen keine Mobilität, die noch mehr CO2 ausstösst. Wir wollen eine Mobilität, die zukunftsfähig ist!» Deswegen sei sie gekommen, um zu bleiben. Selbst wenn die Besetzung früher oder später von der Polizei beendet werden sollte, ist sie für Florian Mayr bereits jetzt, nach wenigen Tagen, ein Erfolg: «Es ist das erste Mal, dass die neu entstandenen Klimagruppen in Österreich so eng zusammenarbeiten.» Extinction Rebellion, Fridays for Future, System Change not Climate Change und der Jugendrat: Man lerne sich kennen und schöpfe gegenseitiges Vertrauen – für die Aktionen der Zukunft.

Christof Mackinger,
Journalist, Wien

*Der Artikel wurde am 10. September im Klimareporter.de veröffentlicht und am 6. Oktober in der Wiener Obdachlosenzeitung Augustin.

SCHWEIZ/REFERENDUM

Gegen die Beteiligung an Frontex

Am 22. September 2021 entschied das Schweizer Parlament, die EU-Grenzschutzagentur Frontex mit 61 statt 14 Millionen Franken jährlich zu unterstützen – und dies, obwohl inzwischen allgemein bekannt ist, dass Frontex massiven Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen und auf dem Meer Hand bietet bzw. diese selbst begeht.

Die Schlussabstimmung fiel mit 88 zu 80 Stimmen bei 28 Enthaltungen knapp aus. Die Nein-Stimmen kamen von der SP-, Grünen- und vereinzelt von der SVP-Fraktion*. Zahlreiche weitere SVP-Vertreterinnen und -Vertreter enthielten sich der Stimme.

Mehrere kleine Organisationen, die sich für die Rechte von Migrant-inn-en einsetzen, haben sich entschieden, das Referendum gegen diesen Entscheid zu ergreifen. Vom Europäischen BürgerInnen Forum (EBF) sind wir mit dabei. Inzwischen haben sich weitere Organisationen und auch die Partei der Grünen und die Sozialistische Partei (SP) hinzugesellt. Es geht nicht an, dass die Schweiz mit Steuergeldern in Millionenhöhe immer aktiver die Machenschaften dieser EU-Grenzschutzagentur finanziert und eine immer grössere Anzahl von Grenzbeamt-inn-en bereitstellt. Frontex entzieht sich jeder ernst zu nehmenden demokratischen Kontrolle. Die Schweiz sollte ihre Mitarbeit kündigen, anstatt sie zu verstärken.

In der Schweizer Ausgabe dieser Archipel-Nummer liegt ein Referendumsbogen bei. Bitte unterschreiben Sie ihn! Damit das Referendum zustande kommt, braucht es 50.000 Unterschriften von in der Schweiz

stimmberechtigten Personen. Die Sammelfrist läuft am 20. Januar 2022 aus. Die Zeit drängt! Bitte werben Sie auch in Ihrem Verwandten- und Bekanntenkreis. Der ausgefüllte Bogen kann an das Europäische BürgerInnen Forum, Postfach, 4001 Basel oder an das Referendumskomitee eingeschickt werden: «No Frontex Referendum», Migrant Solidarity Network, Waldmannstrasse 17a, 3027 Bern. Weitere Bögen können auch auf unserer Homepage heruntergeladen werden: www.forumcivique.org

Ausführliche Informationen finden Sie im Dossier «Frontex und die Schweiz: Migrationsabwehr um jeden Preis» auf der Homepage von «Solidarité sans frontières»: www.sosf.ch, News.

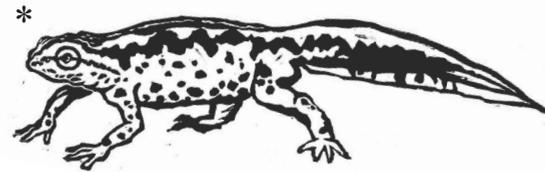
Michael Rössler

*SVP=Schweizerische Volkspartei: rechtspopulistisch, gegen Migration eingestellt, aber auch gegen die EU. Das erklärt das Stimmverhalten einiger SVP-Parlamentarierinnen, die wegen ihrer EU-Gegnerschaft bzw. aus Neutralitätsgründen den Ausbau der Zusammenarbeit mit Frontex ablehnen.



Nicht zum Retten dreht Frontex ihre Runden.

Offener Brief an das IOC



Rettet die Karpaten – Keine Olympischen Winterspiele in der Ukraine! Das Europäische BürgerInnen Forum engagiert sich seit mehreren Jahren gegen die Zerstörung des Svydowets-Massifs in den ukrainischen Waldkarpaten. Ein einmaliges Naturgebiet soll einem immensen Ski-Resort und damit den Interessen dubioser Investoren geopfert werden. Leider unterstützt die ukrainische Regierung dieses Unterfangen und will die Olympischen Winterspiele in die Region holen – eine Tatsache, welche die Zerstörung von Svydowets vorantreiben wird.¹ Deshalb richtet sich der folgende Brief (Original auf Englisch) an das Internationale Olympische Komitee (IOC):

An Fürst Albert II.

Basel, 1. November 2021

Internationales Olympisches Komitee, Präsident der Kommission für Nachhaltigkeit und Vermächtnis
Château de Vidy
1007 Lausanne Schweiz

Eure Exzellenz,

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, schreiben Ihnen, um unsere grosse Besorgnis über die Umwelt- und Korruptionsrisiken im Zusammenhang mit den Olympischen Winterspielen zum Ausdruck zu bringen, die der ukrainische Präsident Volodymyr Zelensky bei Gesprächen mit dem IOC-Vorsitzenden Thomas Bach während seines jüngsten Besuchs in der Ukraine ankündigte. Insbesondere befürchten wir, dass massive Bauprojekte, die derzeit in den ukrainischen Karpaten geplant sind, eines der letzten herausragenden Naturgebiete Europas, in dem sich auch einige UNESCO-Welterbestätten befinden, irreversibel schädigen würden.

Die ukrainische Regierung nutzt die Debatte über mögliche Winterspiele in den Karpaten, um äusserst schädliche Megaprojekte zu rechtfertigen, die mit den Interessen von Oligarchen verbunden sind und erhebliche Risiken von Umweltzerstörung und Korruption bergen. Diese Projekte stehen in keiner Weise für eine nachhaltige Entwicklung und sie passen nicht zu den olympischen Idealen.

- Die fraglichen Gebiete liegen allesamt unterhalb von 2000 Metern, was sie in Zeiten des Klimawandels für Winterspiele ungeeignet macht.
- Die geplanten Mega-Resorts in Svydowets und Borzhava basieren nicht auf bestehenden Infrastrukturen und Gemeinden. Stattdessen würden sie inmitte weitgehend unberührter Naturlandschaften in einem äusserst empfindlichen Gebirgsökosystem errichtet werden.
- In diesen Gebieten mit herausragender Artenvielfalt leben Dutzende von gefährdeten Pflanzen- und Tierarten, darunter eine Reihe endemischer Arten.
- Schon heute ist die ausreichende Wasserversorgung in der Region ein grosses Problem. Eine gerechte und ausgewogene Wasserbewirtschaftung würde angesichts des massiven Wasserverbrauchs der Resorts zu grossen Konflikten mit den lokalen Gemeinschaften führen.
- In Erwartung des Baus der Resorts und des damit verbundenen Anstiegs der Grundstückspreise haben lokale Würdenträger und politisch gut vernetzte Personen bereits damit begonnen, sich illegal Land in den geplanten Resort-Gebieten anzueignen.
- Im Zusammenhang mit den laufenden Plänen für ein riesiges Resort im Svydowets-Massiv in der Region Yasyňa verstösst die Ukraine gegen die Aarhus-Konvention² und die Espoo-Konvention³. Im März 2019 eröffnete das Sekretariat der Espoo-Konvention nach einer Beschwerde Ungarns ein Verfahren zu diesem Thema. Bis heute hat die Ukraine die von Ungarn aufgeworfenen Fragen zu den grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen des Svydowetz-Projekts nicht offiziell beantwortet.
- Die Pläne für die Ferienanlage sind mit Personen verknüpft, die eine äusserst fragwürdige Erfolgsbilanz in Bezug auf die Unternehmensführung und die Einhaltung ordnungsgemässer Verfahren aufweisen.

In seinem letzten Jahresbericht über die Umsetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit der Ukraine, der am 11. Februar 2021 angenommen wurde, übt das Europäische Parlament deutliche Kritik an dem «rechtswidrigen Projekt des Wintersportgebiets in Svydowets» und «legt der Ukraine nahe, in eine umweltfreundliche und ökologisch unbedenkliche und nachhaltige touristische Infrastruktur zu investieren, und fordert die staatlichen Stellen der Ukraine auf, zu verhindern, dass die Umwelt durch künftige Projekte geschädigt wird, indem die staatlichen Stellen die genaue Untersuchung, Transparenz und Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und Sorgfaltspflichten verbessern».

Wir erinnern das Internationale Olympische Komitee an seine globale Verantwortung für die Umwelt, insbesondere im Zusammenhang mit dem UN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD). Wir fordern das IOC auf, den weltweiten Kampf gegen die Korruption gemäss dem UN-Übereinkommen gegen Korruption (UNCAC) zu unterstützen und auf die in der Olympischen Charta verankerte Nachhaltigkeit und den Schutz der Umwelt hinzuwirken.

Aus den oben genannten Gründen fordern wir das Olympische Komitee auf, der ukrainischen Regierung keinerlei Unterstützung für diese höchst problematischen Projekte in den Karpaten zu gewähren und seinen Einfluss geltend zu machen, um sie davon abzuhalten, dieser weitgehend unberührten Bergregion unwiederbringlichen Schaden zuzufügen.

Wir danken Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.
Mit freundlichen Grüssen,

Dr. Lukas Straumann, Direktor Bruno Manser Fonds, Schweiz
Nicholas Bell, Internationaler Koordinator, Forum Civique Européen, Frankreich

Weitere Unterzeichner-innen: Biofuelwatch, GB; Blue Dalian, China; Biofuelwatch, GB; Earthsight, GB; Euronatur, D; Europäisches BürgerInnen Forum, CH; Fern, Belgien; Forum Ökologie und Papier, D; Friends of the Earth, Tschechien; Friends of the Earth, Niederlande; Friends of the Siberian Forests, Russland; Pro Regenwald, D; Protect our Forests, Schweden; Quercus, Portugal; Snow Alliance, China; Wolf Forest Protection Movement, Slowakei

Kopien an: Volodymyr Zelensky, Präsident der Ukraine; Thomas Bach, Präsident, IOC; Inger Andersen, Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP); UNESCO-Welterbekomitee IUCN, Regierung Ungarns.

* Der gefährdete Karpatsmolch, M. Arrow

1. Siehe «Olympische Besessenheit», Archipel Nr. 303, Mai 2021

2. Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, (Aarhus, Dänemark, 1998)

3. Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen, (Espoo, Finnland, 1991)

Queere Kinder

«Mich hat nicht gewundert, dass sie auf Mädchen steht. Gespräche mit Eltern queerer Kinder»: Dieses Buch von Lisa Bolyos und Carolina Frank kann allen Menschen helfen, ihre Kinder besser zu verstehen und sämtliche Vorurteile gegenüber Queers abzubauen. Sehr schön und originell gelayoutet, ist es dazu geschaffen, den eigenen Horizont zu erweitern, Tabus zu überwinden und die Menschen so zu akzeptieren und zu lieben, wie sie sind.

In 18 Porträts widmen sich die Autorin Lisa Bolyos (EBF Österreich, Augustin, Wien) und die Fotografin Carolina Frank der Elternperspektive aufs Coming-out von schwulen, lesbischen, bi, trans, inter und nonbinären Kindern.

«Ich habe mich immer als sehr liberalen Menschen gesehen, bis zu dem Moment, wo die Lia mit ihrem Outing kam. Hoppala, so habe ich das aber nicht gemeint! Im eigenen Haus?» Eine Chirurgin, eine Kindergärtnerin, ein pensionierter Psychiater, eine migrantische Aktivistin und ein Installateur: Auf beeindruckende Weise gewähren die Eltern, Grosseltern und Tanten, welche Lisa Bolyos und Carolina Frank in verschiedenen Teilen des ländlichen und urbanen Österreichs getroffen haben, Einblick in ihr Familienleben, die Beziehung zu ihren Kindern, die Konflikte, die es auszutragen galt, die Wünsche und Hoffnungen, die sie für das Leben ihrer Kinder hegen, aber auch die Sorgen, die ihnen politische Entwicklungen machen. Sie erzählen von Tabus und Überraschungen, vom Schweigen und vom Streiten, von der ersten Barbiepuppe und der ersten Regenbogenparade. Gerne möchte ich Sie in diesem Zusammenhang auch auf die exzellente Ausstellung «Queer», die zurzeit in Bern im Naturhistorischen Museum zu sehen ist, hinweisen.

Constanze Warta

Lisa Bolyos und Carolina Frank; Mich hat nicht gewundert, dass sie auf Mädchen steht – Gespräche mit Eltern queerer Kinder, mit einem Geleitwort des Psychotherapeuten Udo Rauchfleisch, Achse Verlag, September 2021, 20 €

«Ist die Gesellschaft bereit, dass ich meinem Kind von klein auf sage, du bist nicht Mädli, du bist nicht Bub. Du bist ok, wie du bist, aber du bist dazwischen?»

«Das Kind ist das, was es ist. Je schneller du es akzeptieren und unterstützen kannst, je schneller du damit umgehen kannst, je schneller du Gespräche führst und dich weiterbildest, desto besser.»

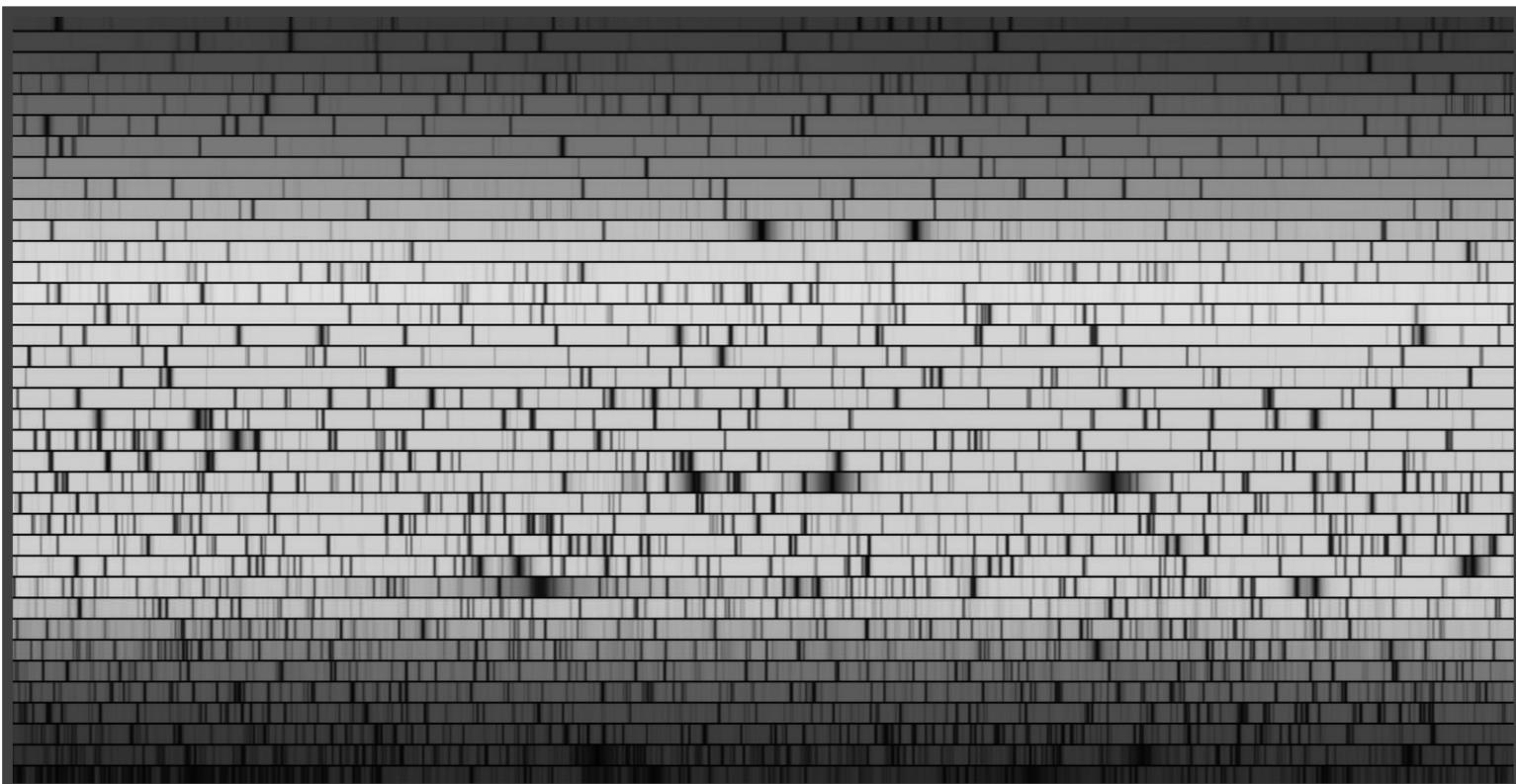
«Jeder ist anders geboren. Innerlich sind alle ganz unterschiedliche Menschen. Wenn alles gleich ist, sind das keine Menschen. Selbst die gleichen Eltern haben ganz unterschiedliche Kinder. Ich glaube, auch Gott will, dass jeder anders ist.»

«Wenn ich zurückblicke, bestand meine persönliche Schwierigkeit vor allem darin, die Endgültigkeit der Situation zu akzeptieren. (...) Wenn mich wer fragt, ob ich Kinder habe, sage ich: Ja, Transgender-Zwillinge.»

«Eine gute Partnerschaft und Zuwendung zum Kind sind die Voraussetzungen dafür, dass ein Kind glücklich aufwächst. Ich halte es zwar für wichtig, männliche und weibliche Identifikationsfiguren zu haben, aber die müssen ja nicht in der engsten Familie sein. Ich habe in meinem Beruf Kinder in Verhältnissen aufwachsen gesehen – da muss man wirklich sagen, die haben andere Probleme, als ob ihre Eltern homo- oder heterosexuell sind.»

«Eines war für mich immer klar: Es sind meine Kinder und ich werde sie immer lieben, werde sie unterstützen so gut ich kann, ganz gleich was passiert und was sie aufführen. (...)»

«Im Endeffekt hat man zwei Möglichkeiten: Man steht dahinter und akzeptiert das Kind, wie es ist. Oder man entscheidet sich für einen Bruch.»



Feministasylum

Am 11. November 2021 wurde die Europäische Feministische Petition für eine konsequente Anerkennung der besonderen Asylgründe für Frauen, Mädchen und LGBTIQ+Personen* lanciert. In allen europäischen Ländern und in der Schweiz werden Unterschriften gesammelt.

Sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt (einschliesslich häusliche Gewalt, sexuelle Ausbeutung, Zwangsverheiratung, Genitalverstümmelung, Menschenhandel, diskriminierende Gesetze, Abweisung, Entzug der Kinder) treibt viele Frauen, Mädchen und LGBTIQ+-Personen dazu, aus ihren Ländern zu fliehen und in Europa Asyl zu suchen. Diese Menschen sind während der gesamten Migrationsroute fast systematisch Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt: sexuelle Gewalt durch Schleuser oder in Flüchtlingslagern, sexuelle Ausbeutung oder Zwangsarbeit und Gefangenschaft bei Schlepperbanden in Transitländern. Doch auch in den europäischen Ankunftsändern werden sie oft

bedroht und ausgebeutet. Ausserdem werden sie mit unangemessenen Asylverfahren und einer unwürdigen Aufnahme konfrontiert. Die Asylverfahren ermöglichen keine Identifizierung von Überlebenden geschlechtsspezifischer Gewalt oder Opfern des Menschenhandels; die Unterbringungsstrukturen sind unzureichend und es fehlt an Unterstützungsmassnahmen. Ihre spezifischen Asylgründe werden oft nicht anerkannt, trotz der in mehreren EU-Richtlinien formulierten Grundsätze und der Festlegungen in der Istanbul-Konvention, die geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen als eine Form der Verfolgung anerkennen, die sie zu internationalem Schutz berechtigen.

Neben über 30 Organisationen in der Schweiz und in mehreren europäischen Ländern haben (bis Redaktionsschluss) folgende Persönlichkeiten die Petition erstunterzeichnet: Ariane Ascaride, Künstlerin, Schriftstellerin (F), Michèle Bernard, Sängerin (F), Robert Guédiguian, Filmschaffender (F), Malik Salemkour Präsident der Liga für Menschenrechte Frankreich, Valérie Manteau, Schriftstellerin (F), Pinar Selek, Schriftstellerin (F), Nena Venetsanou, Sängerin, Autorin, Komponistin (Griechenland).

Am 11. Mai 2022, dem Tag der Unterzeichnung der Istanbul-Konvention (2011), wollen wir die gesammelten Unterschriften dem Europäischen Parlament übergeben. Bitte lesen und unterschreiben Sie die Petition auf der Webseite feministasylum.org und fordern Sie Ihre Bekannten und Freund·inn·en dazu auf, dasselbe zu tun.

Constanze Warta

*Der Begriff «Frau» umfasst jede Person, die sich als solche identifiziert, unabhängig von dem ihr bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht. Das Gleiche gilt für den Begriff «Mädchen», der sich auf eine Minderjährige bezieht. LGBTIQ+ umfasst alle Personen, die sich als lesbisch, schwul, bisexuell, trans, intersexuell, queer, asexuell (oder anders) identifizieren.

Welle der Solidarität

Das Europäische BürgerInnen Forum organisierte am 15., 16. und 17. Oktober in Basel und Genf eine Materialsammlung für in Not geratene Flüchtlinge in den italienisch-französischen Alpen.

Unser Ziel war es, vor allem Kleider und Schuhe für die vielen Menschen zu finden, die aus Afghanistan, dem Irak und anderen Kriegs- und Krisenländern geflohen sind und oft unter Lebensgefahr versuchen, die Alpen von Italien nach Frankreich zu überqueren. Für beide Seiten der Grenze haben wir also Ausrüstung und Material für die Geflüchteten gesammelt, damit sie gut vorbereitet über die Berge gelangen und sicher ankommen können. Ein Teil des gesammelten Materials war auch für eine bessere Ausstattung der freiwilligen Bergretter·innen vorgesehen.

Die Resonanz auf unseren Aufruf war ein grosser Erfolg. Fast fünf Tonnen Material wurden zu den Sammelstellen in Genf und Basel gebracht. Wir erhielten mehrere hundert solide Schuhe, Rucksäcke, Schlafsäcke, Skihosen und -jacken sowie Schneeschuhe, Pullover, Thermounterwäsche, Mützen, Handschuhe, Schals, aber auch Mobiltelefone, Thermoskannen, Laptops und Ferngläser. Besonders gerührt waren wir über ein Paket mit kleinen Socken, Mützen und Fäustlingen für Babys, die jemand sorgfältig für diesen Anlass gestrickt hatte. Von meh-

renen Geschäften erhielten wir auch einen grossen Vorrat an hochwertigen Schuhen und Kleidern.

Während der vier Tage kamen mehrere hundert Menschen vorbei und brachten so ihre Solidarität mit den Geflüchteten zum Ausdruck. Beeindruckend war auch, dass zahlreiche Leute von weit her – aus St. Gallen, Neuenburg, Zürich oder Bern – mit dem Zug oder

mit dem Auto anreisten, um ihre Sachspenden mitzubringen. Andere, wie zum Beispiel in Delémont, haben für uns lokale Sammlungen organisiert, die wir dann abholten.

Zum Glück gab es einige Freiwillige an den verschiedenen Orten, die uns geholfen haben, die Berge von Material zu sortieren, zu verpacken und zu beschriften. Danach luden wir die Säcke und Kartons in vier Lieferwagen und transportierten sie nach Briançon in den französischen Alpen. Dort wird ein Teil der Bergausrüstung zwischen der italienischen und der französischen Seite des Montgenèvre-Passes aufgeteilt, um die Migrant·inn·en und die Helfer·innen auszustatten. Die Strassenkleidung wird dann in Briançon verteilt, damit sich die Geflüchteten, die ihre Reise fortsetzen wollen, angemessen einkleiden können. Ein herzliches Dankeschön für die konkrete Solidaritätsbekundung an alle, die mitgemacht haben!

Paul Braun



Zwischen Kartons mit Wintermaterial: eine freiwillige HelferIn in Basel, Foto: EBF, 2021